

Detlef Bald

UNGENUTZTE CHANCEN?
DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE
ZUSAMMENARBEIT IM MEINUNGS-
BILD DER DEUTSCHEN BEVÖLKE-
RUNG

Tagung des Arbeitskreises Militär und
Sozialwissenschaften (AMS) in Saar-
brücken „Deutsch-französische militä-
rische Zusammenarbeit am Beispiel
der Deutsch-Französischen Brigade“
vom 20. - 22. Oktober 1989

1. Das Ende der Erbfeindschaft

Die Beziehungen der beiden Länder Deutschland und Frankreich zueinander – oder müßte man zutreffend sagen: gegeneinander – waren in den beiden letzten Jahrhunderten vor allem von einer alles überlagernden nationalistisch motivierten Rivalität der staatlichen Machtkonzentration geprägt. Diese wurde zudem von der umfassenderen Wertekonkurrenz der politischen Systeme mitbestimmt. Es wäre zu einfach, dies schablonenhaft auf die Begriffe Republik gegen Monarchie zu begrenzen; doch im Jahr 1890, im Jahr der Feiern zur Französischen Revolution, ist es angemessen, auf die individualrechtliche Übertragung der Begriffe der bürgerlichen Freiheit, Rechte und Gleichheit in die Verfassungen der Staaten und damit als gültige, garantierte und praktisch erlebbare Werte des einzelnen Bürgers hinzuweisen. Mit diesem Vorgang wird die rechtlich und normativ zu begründende, lange historische Wertekonkurrenz und Unterschiedlichkeit der innenpolitischen Entwicklungen in Deutschland und Frankreich deutlich. Frankreich ließ diese Begriffe auf seiner nationalen Fahne symbolträchtig über dem Staat wehen, während in Preußen-Deutschland bis 1945 der Staat sich in der Regel mit der Abwehr gerade dieser Ideen identifizierte. Die Meinungen in Deutschland waren daher in großem Maße durch die Ablehnung jenes französischen – und zugleich westlichen – Modells geprägt, das in seiner außenpolitischen Wirkung als Bedrohung der jeweils anderen nationalen und staatlichen Existenz perzipiert wurde.

Schon früh in der Neuzeit wurden diese beiden Linien in Deutschland miteinander verknüpft und, die öffentliche Meinung bestimmend, gegen den, vermeintlich die innere und äußere Freiheit bedrohenden Nachbarn gerichtet.

„Ich will den Haß gegen die Franzosen, nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit, ich will ihn für immer ... Dieser Haß glühe als die Religion des deutschen Volkes, als ein heiliger Wahn in allen Herzen und erhalte uns immer in unsrer Treue, Redlichkeit und Tapferkeit.“¹⁾

Kein unbedeutenderer als Ernst Moritz Arndt formulierte diese Zeilen mit der ihm gegebenen dichterischen Kraft im Jahre 1813, als er den Haß auf die Franzosen als Mittel für die Erzeugung und Erhaltung des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen für alle Ewigkeit glorifizierte; stark emotional, gar religiös gebunden. Doch das Feindbild untermauert und schafft erst das Nationalbewußtsein der aggressiven Abgrenzung nach außen. Dieses diffus entstandene Amalgam erzeugte den "Erbfeind", dessen Verzerrungen der politischen Realität und Handlungsspielräume im Verlaufe von 150 Jahren mit dahin führten, viermal den Krieg von Deutschland nach Frankreich zu tragen. Militärgeographisches und rassenbiologisch-sozialdarwinistisches Denken erhöhten die Brisanz der Ablehnung und schufen jenen unglücklichen Nährboden einer übersteigerten Aggressivität, künstlich geschürt und völkervernichtend – nicht zuletzt das der Deutschen selbst. Hatte das Jahr 1918 mit seinem - verglichen mit der totalen Kapitulation des Zweiten Weltkrieges – am Ende eigentlich glimpflichen Frieden von Versailles schon nicht zu einer realistischen Neubestimmung der allgemeinen Meinung auf Dauer führen können, so führten Revanche und Revisionismus der zwanziger und dreißiger Jahre konsequenterweise zum 8. Mai 1945.

Das Jahr 1945 wurde zum epochebestimmenden Jahr – ein Jahr, das für beide Nationen – Frankreich und Deutschland – gleichermaßen den Wendepunkt der Neuzeit-

geschichte markiert. Die weltpolitischen Ambitionen Frankreichs waren dahin. Jahrzehnte des Umbaus der kolonialen Globalmacht hin zur europäischen, ja im eigenen Verständnis auch weiterhin großen Macht folgten. Der deutsche Weltmachtanspruch, zumindest der, den europäischen Kontinent uneingeschränkt zu beherrschen, war ebenso ein für allemal dahin.

Die Begegnung amerikanischer und sowjetischer Soldaten im Frühjahr 1945 an der Elbe ist das Symbol für das vorläufige Ende einer europäischen Ära, der eine Neu-aufteilung der Interessenssphären der Welt folgte, orientiert nach Moskau und nach Washington. Diese anders gerichtete internationale Ordnung bot objektiv die Voraussetzungen für

Veränderungen der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die sich in der öffentlichen Meinung reflektiert. Der Einschnitt des Jahres 1945 ist zu betonen, auch wenn er keine Stunde Null bedeuten kann, aber er ist für die Chance einer nachbarschaftlich gerichteten Entwicklung maßstabsetzend. Um das nicht mißzuverstehen, generationenlang geprägte stereotype Vorurteile einer öffentlichen Meinung und die Wunden und Verluste der Kriege können nicht einfach abgeschüttelt werden; jedoch ein langsames und bedächtiges Aufeinanderzugehen in neuer Offenheit, aufbauend vor allem auf traditionsreichen Kontakten und vielfältigen, auch verschütteten Verbindungen, gewann seitdem und zunehmend Konturen. "Gewiß, das alles hatte seine alten geschichtlichen Wurzeln." Nach dem Zusammenprall nationalistischer Leidenschaften und nationalstaatlicher Übersteigerungen ging es für die Deutschen und Franzosen darum, wie Richard von Weizsäcker es formulierte, gemeinsam "ihr Zusammenleben auf dem eigenen Kontinent zu ordnen." ²⁾

Die Struktur der neuen internationalen Ordnung traf die deutsche und französische Politik schon bald nach 1945 gleichermaßen. Die aktiven und passiven Komponenten der politischen Rollen im internationalen Geschehen traten auffällig hervor. Denn es waren die Vereinigten Staaten, die den Zusammenschluß der Besatzungszonen in Westdeutschland – der französischen mit der angelsächsischen Bizone – mit politischem Nachdruck gegen die Widerstände in Paris herbeiführten und auf diese Weise eine Kooperation eigener Art zwischen Deutschen und Franzosen institutionalisierten. Wohl kamen in den Verteidigungsverträgen von Dünkirchen 1947 und Brüssel 1948 noch jene politischen Positionen augenscheinlich zum Tragen, die die westliche Allianz gegen die Bedrohung durch einen potentiellen Gegner – Deutschland – bekräftigten, doch wie nah ist die Manifestation der praktischen Versöhnung, wie sie sich schon im Jahr 1950 offiziell dokumentiert:

"Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird."

Und es war mit diesen Worten der französische Staatsmann Robert Schuman, dessen Weitsicht anstelle der dauerhaften Besatzung eines Teils von Deutschland die Perspektive der Zukunftsentwicklung in Europa zu setzen vermochte, um über die "Solidarität der Produktion", der Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion, jeden „Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern

materiell unmöglich" ³⁾ zu machen. Großes Aufsehen hatten diese Worte weltweit erregt. Es ist kein Zufall, wenn man typischerweise von dieser materiellen Ebene ausging, damit "dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den anderen rüsten, unmöglich würde" zugleich sollte ein Einfluß auf die Meinungsbildung der Öffentlichkeit ausgeübt werden, da es, wie der deutsche Kanzler Konrad Adenauer in seiner Antwort formulierte, auch darum gehe, "psychologisch zu wirken". ⁴⁾

Die verantwortlichen Politiker beschritten den Weg der praktischen Regelungen, die die politischen Bedürfnisse nach Sicherheit und Kontrolle mit dem ideellen Ziel der Integration Europas verbanden. Darin lag ein dynamischer Aspekt, der um so mehr Kraft entwickeln konnte, je weiter die Aussöhnung der zwei ehemals verfeindeten Völker voranschritt und den Mythos der Erzfeindschaft obsolet werden ließ – zuletzt sicherlich im Bild von dem Händedruck über den Gräbern von Verdun, der Händedruck der Versöhnung. Darauf hat die öffentliche Meinung reagiert; die Beziehungen werden als entspannt und freundschaftlich normal empfunden.

Läßt man die Oberflächigkeit einer gewissen Freundschaftsrhetorik ⁵⁾ mal beiseite, wurde die ziemlich einseitige Abhängigkeitsbeziehung zwischen der französischen Führungsmacht und ihrer Politik der Sicherheit und Dominanz der direkten Nachkriegszeit tatsächlich in eine Politik der kooperativen Nachbarschaft überführt. Die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bilden für die Staaten Westeuropas einen Schlüssel, um ihre Interessen zu bündeln, damit gemeinsam ein politisch, militärisch und wirtschaftlich handlungsfähiges Subjekt der internationalen Politik, wie Helmut Schmidt es skizziert, als Ergebnis der europäischen Integration entstehe. ⁶⁾

Die Qualität der Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gewinnt vor dem zeithistorischen Hintergrund ihren Stellenwert, der die Besonderheit der vermeintlichen Normalität eigentlich gut charakterisiert. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist eine westeuropäische Politik auf die deutsch-französische Kooperation gegründet. Dabei handelt es sich keineswegs um eine binationale Form der Kooperation in der Art von Achsenmächten, deren Politik andere Staaten ausgrenzen würde. Diese Kooperation trägt hingegen in besonderer Weise zur Harmonisierung der multinationalen europäischen Integration bei.

In beiden Ländern wird dieses Tandem ⁷⁾ mit großen Hoffnungen verbunden; seit Jahren werden die binationalen Aktivitäten von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung unterstützt. In der Befragung zur deutsch-französischen Kooperation vom Oktober 1989 sprachen sich 73,8 % der deutschen Bevölkerung dafür aus, daß diese beiden Länder ihre Anstrengungen für ein geeintes Europa auch unter der Bedingung fortsetzen sollten, wenn die anderen westeuropäischen Nationen nicht bereit seien, sich unmittelbar anzuschließen. ⁸⁾ Wenn 72,9 % der Bevölkerung sich für eine engere politische Vereinigung zwischen Deutschland und Frankreich aussprechen und sogar 74,1 % für eine gemeinsame Abstimmung in der Ostpolitik eintreten, dann ist ein Grad an Zustimmung der Bevölkerung zur deutsch-französischen Kooperation erreicht, der ein enormes Maß an Vertrauen und Zuversicht ausdrückt. Mit der deutsch-französischen Politik wird in der öffentlichen Meinung allgemein verbunden, daß sie das Movens für eine weiterführende westeuropäischen Integration sei; sie wird als Aktivposten der Dynamisierung in einem breiten Wirkungsfeld der internationalen Politik wahrgenommen.

2. Militärische Kooperation im europäischen Rahmen

Die militärische Kooperation mit Frankreich in der Nachkriegsgeschichte ist von Anfang an mit dem Stichwort Europa verbunden gewesen. Schon die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) signalisiert diese Verbindung, läßt unausgesprochen aber bereits das sicherheitspolitische Dilemma der Bundesrepublik gewissermaßen im Raume stehen, wenn dabei die atlantischen Bindungen mit der westlichen hegemonialen Führungsnation, den USA, im Begriff – EVG – nicht auftaucht. Die Verlegenheit der deutschen Position gegenüber den realen Verhältnissen kommt nach einer Analyse von Alfred Grosser wohl zutreffend in der ambivalenten Formulierung zum Ausdruck: "Möglichst viel NATO – möglichst viel mit Frankreich".⁹⁾

Westeuropäische Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland ließ sich von Anfang an nicht ohne die USA definieren. So wie die EVG scheiterte natürlich auch das nächste große Projekt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, die Nuklearwaffenkooperation in den fünfziger Jahren, aus verschiedenen Gründen. Und es galt demzufolge nicht nur in der öffentlichen Meinung für lange Zeit als *raison d'être* der Bundesrepublik, ihre sicherheitspolitische Ratio in der NATO und dabei vor allem in der Sicherheits- und Militärpolitik der USA zu sehen. Die bislang bedeutsamste Wende in der öffentlichen Meinung gegenüber der auf diese Art betriebenen Verteidigungspolitik, nämlich vor allem gestützt auf nukleare Waffen für alle Ebenen der Verteidigung, wurde besonders deutlich im Gefolge der Friedensbewegung und der Diskussion um die Stationierung der Pershing II-Raketen. Das zeitigte allerdings brisante Folgen im Meinungsbild: Die Identifizierung der USA mit der Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik auf der einen Seite und die Ablehnung der atomaren Waffen zur Verteidigung des eigenen Landes auf der anderen Seite führten, wie manche vorsichtig sagten, zu einer Erosion des Vertrauens zur Atlantischen Allianz.

Nukleare Verteidigung und Gefährdung des eigenen Lebens oder gar der Menschheit wird von vielen Menschen in der deutschen Bevölkerung synonym verstanden. Folglich gibt es, wie auch diese Umfrage (Oktober 1989) bestätigt, nur eine kleine Minderheit von 13,6 % der Bevölkerung, die für eine militärische Verteidigung eintreten, wenn dazu auch Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik eingesetzt werden müßten. Selbst der Einsatz von Atomwaffen auf dem Gebiet des Angreifers findet nur noch 16,5 % Zustimmung. Die Umwälzungen in den östlichen Nachbarländern mit dem Höhepunkt, dem symbolträchtigen Öffnen der Berliner Mauer, werden diese Prozentzahlen weiter dezimieren – die nukleare Verteidigungspolitik der NATO wird für die Bevölkerung mehr und mehr zu einem Anachronismus der Zeit des Kalten Krieges. Es drängt sich die Vermutung auf, daß es gerade die Ablehnung dieser nuklearen Verteidigungspolitik der NATO ist, die die öffentliche Meinung zu Gunsten der Entwicklung der Beziehungen zu Frankreich im westeuropäischen Rahmen gefördert hat. Denn mit 70,9 % Zustimmung hat sich Frankreich in der Gunst der Öffentlichkeit – im Blick auf allgemeine Fragen zur Politik und Verteidigung – als bester Freund der Bundesrepublik mit leichtem Vorsprung vor die USA geschoben. (Beachtlich ist, daß auf Platz drei dieser Reihung die UdSSR und England gleichauf mit 7,3 % Punkten liegen.)

In einem solcherart als verändert wahrgenommenen internationalen Klima als Folge neuer Strukturen findet die deutsch-französische militärische Kooperation neuerdings mehr Beachtung als früher. Europa und europäische Verteidigung haben Konjunktur. Obwohl ein Drittel der deutschen Bevölkerung sich noch keine Meinung gebildet hat oder unter den veränderten Bedingungen sich keine Meinung mehr gegenwärtig bilden kann, vertreten 46,3 % die Vorstellung, man solle eine europäische Armee schaffen, die aus den Streitkräften aller Staaten der europäischen Gemeinschaft bestehe. Nur 20,4 % sind dagegen. Diese Verhältniszahlen gewinnen mehr Klarheit, wenn die deutsch-französische Verteidigung als erster Schritt zu einer europäischen Armee vorgestellt wird, wofür sich 52,7 % aussprechen. Fast zwei Drittel der Bevölkerung sehen eine solche Verteidigung im Rahmen der NATO für möglich an.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik signalisieren die Angaben zur deutsch-französischen Sicherheit im Rahmen der europäischen Verteidigung schließlich Akzente, auf die hinsichtlich der sicherheitspolitischen Beziehung zu den USA und zur Atlantischen Allianz doch noch weiter eingegangen werden muß. Eine wenigstens graduelle Umschichtung zu Gunsten der europäischen Kooperation ist nicht zu übersehen. Im Sommer 1989 sind nur noch 11 % der Bevölkerung voll damit einverstanden, daß die Bundesrepublik in Verteidigungsfragen den USA näher steht als Frankreich; eher nicht bzw. überhaupt nicht einverstanden mit einer solchen Aussage sind 28 %. Wenn 21 % der Bevölkerung (Tabelle 1) eine europäische Armee außerhalb der NATO-Allianz organisiert sehen wollen, dann läßt sich annehmen, daß in der Bevölkerung eine allgemeine Gewißheit über die Verteidigung im gewohnten Rahmen der Allianz keinesfalls mehr gesichert und gegeben ist. Die Bevölkerung hat eine teilweise Umorientierung vollzogen.

Auf die Frage, welche Lösung für die Entscheidung in Verteidigungsfragen am ehesten annehmbar sei, äußerten 47,6 % der Bevölkerung (Tabelle 2) die Überzeugung, hierfür sollte ein europäisches Gremium das letzte Wort haben. Nur 14,8 % der Befragten sind der Auffassung, in dieser so wesentlichen Befugnis die USA und die NATO entscheiden zu lassen. Die Realität der verteidigungspolitischen Strukturen und die Vorstellungen der Bevölkerung klaffen sehr weit auseinander. Ob sich dieser Teil der öffentlichen Meinung auch so begreifen läßt, daß es beachtliche politische Spielräume, wenn nicht gar Aufträge seitens der Bevölkerung gibt, die die Regierungen nutzen könnten, läßt sich aus dieser SOWI-Umfrage sicher nicht entscheiden. Verteidigung im Rahmen einer europäischen Lösung aber ist offenbar kein uninteressantes Objekt, möglicherweise bietet sich hier eine Chance zur Erhöhung der Akzeptanz von Sicherheit und der Attraktivität der Bundeswehr im besonderen.

Die Bevölkerung tritt für eine verstärkte gemeinsame Willensbildung in Westeuropa ein, die mit einer geringeren Bewertung der Bedeutung der USA in der NATO einhergeht. Wenn heute von einer Atlantischen Gemeinschaft in der Sicherheit gesprochen wird, die von einem amerikanischen und europäischen Pfeiler getragen werden sollte, dann ist ihre Realisierung aktueller denn je; allerdings scheint es dann an der Zeit zu sein, diese beinahe zwei Jahrzehnte alte Vision, wie sie von John F. Kennedy bereits vorangetrieben wurde, unendlich in gesamteuropäisch ausgelegter, zeitgemäßer Gestalt Wirklichkeit werden zu lassen. Sonst droht die Gefahr, daß auch dieses Konzept von den Verhältnissen überholt wird.

3. Zur militärischen Kooperation

Die gemeinsame Brigade ist das Kernstück der deutsch-französischen militärischen Kooperation am Ende der achtziger Jahre; sie ist es zumindest, was die Diskussion und Erörterung in der Öffentlichkeit angeht. Mit viel Mühen und nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten ist diese, in ihren einzelnen Elementen sehr unterschiedliche und z. T. eher heterogene Konstruktion der Kombination verschiedener Truppenteile der beiden Staaten gelungen. Was diese Leistung bedeutet, versteht man erst, nachdem ähnliche Vorhaben wiederholt ohne Erfolg geblieben sind. Die letzte größere Initiative war in den siebziger Jahren. Der damalige Verteidigungsminister Georg Leber berichtet, der Gedanke einer binationalen Einheit hätte zu seiner Zeit in Frankreich sehr "freundliche Aufnahme" gefunden. Bei der "konkreten Prüfung" hätten sich jedoch "erhebliche Schwierigkeiten"¹⁰⁾ herausgestellt. Nicht an politischen Einwänden vielmehr an der Lösung praktischer Probleme war das damalige Projekt, das im einzelnen anders als die heutige gemeinsame Brigade konzipiert war, gescheitert. Es kann daher nicht verwundern, wenn es geradezu zu den Bewertungsstandards heutiger sicherheits-politischer Ausführungen zur gemeinsamen Brigade gehört, "auf spezifische Probleme" aller Art in der Praxis hinzuweisen.¹¹⁾ Die militärische Bürokratie, an eigene Vorschriften und Verfahrensregeln gewohnt, hat es schwer, die vielen Prestige- und Kompetenzvorstellungen zugunsten neuer Formen zu überwinden.

Die Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, im Falle der Bedrohung mit militärischen Mitteln dem französischen Nachbarn militärisch zur Hilfe zu kommen, kann als ausgesprochen hoch angesehen werden. Zwei Drittel der Bevölkerung (Tabelle 3) sind gegenüber einer nur 10 % hohen expliziten Ablehnung damit einverstanden, Frankreich zu unterstützen. Die umgekehrte Frage, ob Frankreich der Bundesrepublik helfen sollte, findet sowohl eine geringere Zustimmung als auch eine geringfügig höhere Ablehnung. Ob dies in dem Kontext gesehen werden muß, daß eine militärische französische Unterstützung in der Bundesrepublik häufig als Problem der nuklearen Verteidigungspolitik erörtert wird, kann nicht entschieden werden. Immerhin sinkt die Bereitschaft, unter den nuklearen Schutzschild Frankreichs gestellt zu werden, auf 44,3 %, von denen sich weniger als die Hälfte, nämlich nur noch 20,3 % voll und ganz für den nuklearen Schutz aussprechen; gleichzeitig gibt es eine Ablehnung von 28 %. Doch können über diese Zusammenhänge keine weiteren gesicherten Erklärungen gegeben werden.

Die Deutsch-Französische Brigade selbst erfreut sich seit einigen Jahren einer stabilen klaren Mehrheit in der Bevölkerung. 51,8 % (Tabelle 4) der Befragten waren mit ihr einverstanden; eine geringfügig erhöhte Größenordnung gegenüber 1987 als gut die Hälfte die Meinung vertraten, eine solche militärische Einheit sei sinnvoll. Betrachtet man die Gruppe der Nichteinverständenen, wird eine bemerkenswerte Veränderung deutlich. Die Gruppe derer, die überhaupt keine positive Einstellung zur Deutsch-Französischen Brigade hatten, ist von 1987 bis 1989 von 17,7 % ("nicht sinnvoll") auf 7,0 % ("nicht einverstanden") gesunken. Hiermit liefert die Untersuchung von 1989 ein auffälliges Ergebnis. Der harte Kern der Ablehnenden hat sich in einem überraschenden Ausmaß dezimiert. Die weitergehende Frage dieser Untersuchung von 1989, wie es bewertet würde, wenn es zukünftig mehrere, also mehr als eine Deutsch-Französische Brigade geben würde, fand in etwa die gleiche Einschät-

zung wie die gegenwärtig aufgestellte Brigade, jedoch bei geringfügiger Zunahme der Gruppe der Ablehnenden.

Die Auswertung der Daten zur Deutsch-Französischen Brigade läßt bei in Details unterschiedlicher Bewertung insgesamt vier Haupttendenzen erkennen:

1. Die binationale Kooperation wird ganz allgemein als Teil eines umfassenderen westeuropäischen politischen Prozesses der Integration begriffen, für den besonders die Kooperation der beiden Nachbarstaaten Frankreich und die Bundesrepublik von Seiten der deutschen Öffentlichkeit enorm hoch eingeschätzt wird. Der erkennbare Vertrauensvorschuß scheint über die Erfolge der tatsächlich praktizierten Form der Abstimmung und Koordinierung der Politik hinauszugehen.
2. Die öffentliche Unterstützung in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik für den Aufbau dessen, was gemeinhin europäischer Pfeiler der westlichen Verteidigung genannt wird, ist beachtlich; seine Reputation scheint im Zusammenhang mit den Fragen an die nuklear ausgelegte US-Sicherheitspolitik und die der NATO zu stehen. Hier liegen Irritationen vor, deren gravierende Bedeutung kaum unterschätzt werden können; es dürfte nicht abwegig sein, die sehr breite Ablehnung einer nuklearen Verteidigungspolitik als eine der notwendigen Bedingungen zu erkennen, die es bei allen konzeptionellen Überlegungen für eine Revision der alten flexiblen Reaktion zu berücksichtigen gilt.
3. Die Deutsch-Französische Brigade selbst hat in den letzten zwei Jahren in der Bevölkerung eine erhöhte Akzeptanz gewonnen. Dies gilt vor allem, da man erstens für diese Aussage die Abnahme ihrer Widersacher anführen und zweitens etwa zwei Drittel derjenigen in der Bevölkerung, die sich eine Meinung zur Brigade gebildet haben, als Befürworter dieser Kooperation bezeichnen kann.
4. Die Umfrage des SOWI im Jahre 1989 weist die Rubrik auf "keine Meinung". Es ist zweifelsohne – und zwar nicht nur aus statistischen Erwägungen heraus – auffällig, daß es einige Bereiche gibt, zu denen ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung keine Meinung (mehr?) hat bzw. keine Meinung abgeben will. Könnte man diesen Prozentsatz so interpretieren, als ob die Bevölkerung sich noch keine Meinung gebildet hätte, wäre das ein Auftrag an die Politiker und die Bundeswehr, hier aktiv zu werden. Handelt es sich also um ein Vakuum öffentlicher Meinung, um eine tabula rasa; oder ist es eigentlich eine reservatio mentalis, möglicherweise ein latentes Widerspruchspotential in der Bevölkerung zu den angegebenen Fragen? Diese Gruppe von etwa 30 % der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden, wenn neue Formen der Ost-West-Kooperation realisiert werden, die in eine mittel- und langfristige Perspektive einer deutschen bzw. europäischen Integration eingebunden werden. Je nach abschließender Bewertung dieser Gruppe – pro oder contra der deutsch-französischen Militäraktivitäten – bleiben die politischen Konsequenzen bestehen; und zwar beachtlich. Trifft die Vermutung zu, diese Gruppe trotz pro europäischer politischer Einstellung als wenig begeistert für eine militärische Kooperation zu bezeichnen, dann kann die Brigade nur wenig für eine Akzeptanzerhöhung der Bundeswehr leisten; möglicherweise kann sie eine weitere Verschlechterung ein wenig verhindern.

Die Zustimmung zur deutsch-französischen Kooperation dürfte dem in Jahrzehnten eingetretenen Funktionswandel und der Rolle der beiden Staaten in der internationalen Politik entsprechen. Seitdem stieg die breite Akzeptanz – getragen und überhöht von einem politischen Europagedanken. Die Ambivalenz dieser Beziehungen wird spürbar, wo in der Sicherheitspolitik entweder Einseitigkeiten der Beziehungen oder die Komponenten der nuklearen Verteidigung in der öffentlichen Auseinandersetzung eine Rolle spielen. Dafür ist die Diskussion um Deutschland als Vorfeld der westlichen bzw. französischen Verteidigung und des nuklearen Einsatzes ganz zentral.¹²⁾ So begründete und entstandene Reserven der Meinung der Bevölkerung können wohl erst durch ein umfassendes militärisches und sicherheits-politisches Programm der gesamten Verteidigung in Europa – mit seiner spezifischen Einbindung in die NATO und der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Staaten des Warschauer Vertrages – ausgeräumt werden. Die Zustimmung in der deutschen öffentlichen Meinung zur Deutsch-Französischen Brigade scheint an der Wende zu den neunziger Jahren unter dem Dilemma eines überzeugenden Konzepts zu leiden.

Anmerkungen

- 1) Ernst Moritz Arndt: Über den Volkshaß, 1813
- 2) Richard von Weizsäcker: Zum vierzigsten Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Bonn 1985, S. 7
- 3) Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950. In: Europa-Archiv 1950, S. 3.091 f.
- 4) Rede des Bundeskanzlers Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag zum Gesetzentwurf betreffend den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 12. Juli 1951 in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1972, S. 179
- 5) Willfried Loth: 40 Jahre deutsch-französischer Verständigung – Realität oder Mythos? In: deutsch-französisches Kulturzentrum Essen (Hrsg.): Deutschland – Frankreich. Höhen und Tiefen einer Zweierbeziehung. Essen 1988, S. 203
- 6) Vgl. Helmut Schmidt: Menschen und Mächte. Hamburg 1987, S. 458
- 7) Vgl. Hans-Georg Ehrhard: Die "deutsche Frage" aus französischer Sicht (1981 - 1987). Frankreich zwischen deutschlandpolitischen Befürchtungen, sicherheitspolitischen Nöten und europäischen Hoffnungen. München 1988, S. 212
- 8) Quelle für diese und die weiteren im Text benutzten Daten ist: Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Deutsch-Französischen Brigade, erstellt vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr im September/Oktober 1989
- 9) Vgl. Alfred Grosser: Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz. München 1984, S. 444
- 10) Georg Leber: Vom Frieden. Stuttgart 1979, S. 216
- 11) Vgl. zusammenfassend Wichard Woyke: Rolle und Perspektiven des deutsch-französischen militärischen Bilateralismus in den achtziger Jahren. In: SOWI-Vorträge, München 1988, Bd. 7; Wichard Woyke: Französische Außenpolitik von de Gaulle zu Mitterand. Opladen 1987
- 12) Vgl. Ernst Weisenfeld: Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945. München 1986, S. 163 ff. und Ingo Kolboom: Im Westen nichts Neues? Frankreichs Sicherheitspolitik. In: Karl Kaiser, Pierre Lellouche (Hrsg.): Deutsch-französische Sicherheitspolitik – auf dem Wege zur Gemeinsamkeit? Bonn 1,986, S. 68 ff.

Europäische Armee als Ziel der Verteidigung
(in Prozent)

	aus Streitkräften aller EG-Staaten	dt.-frz Verteidigung als erster Schritt	im Rahmen der NA- TO
dafür	46.3	52.7	66.1
dagegen	20.4	17.6	21.0*
keine Meinung	32.8	29.7	13.0
keine Antwort	0.6	1.0	-

* Europäische Armee sollte außerhalb der NATO stehen

Quelle: SOWI: Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Deutsch-Französischen Brigade, 1989

Tabelle 2
Entscheidungskompetenz in Verteidigungsfragen
(in Prozent)

nationale Gremien	32.9
europäisches Gremium	47.6
USA- bzw. NATO-Gremien	14.8
keine Angaben	4.7

Quelle: SOWI: Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Deutsch-Französischen Brigade, 1989

Tabelle 3

Unterstützung bei der Bedrohung der Sicherheit
(in Prozent)

	FR hilft BRD		BRD hilft FR	
einverstanden		63.4		66.9
voll	35.0		39.5	
eher	28.4		27.4	
nicht einverstanden		13.7		10.5
eher	8.3		6.7	
überhaupt	5.4		3.8	
keine Meinung		21.6		21.5
keine Angaben		1.3		1.3

Quelle: SOWI: Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Deutsch-Französischen Brigade, 1989

Tabelle 4

Bewertung der gemeinsamen Deutsch–Französischen Brigade
(in Prozent)

	1987		1989	zukünftig mehr Dt.-Frz. Brigaden
sinnvoll	50.4	einverstanden	51.8	51.4
		voll	21.2	19.2
		eher	30.6	32.2
weniger sinnvoll	29.5	nicht einverstanden	19.1	21.0
nicht sinnvoll	17.7	eher	12.1	12.8
		überhaupt	7.0	8.2
keine Meinung	-	keine Meinung	28.4	26.8
keine Angaben	2.4	keine Angaben	0.7	0.7

Quelle: SOWI: Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Deutsch-Französischen Brigade, 1989 und W. Frantz, P. Klein, E. Lippert: Die 'Deutsch-Französische Brigade' im Meinungsbild der Bevölkerung. München 1988 (SOWI Arbeitspapier, Nr. 8)